

Payers Verteidigung seiner Stuttgarter Rede.

Der kommende Abschluß eines Bündnisvertrages mit den baltischen Ländern. — Die dynastischen Interessen. — Nicht aus einer Position in die andere drängen lassen.

Bei der Bedeutung, die der Rede Payers in Hauptauschüsse zukommt, lassen wir der kurzen Wiederholung in unserer Morgen-Ausgabe hier noch eine ausführliche Fassung folgen. Der Vizekanzler führte aus:

An Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Innern möchte ich zur Vervollständigung des Wides einige Mitteilungen über die Verhältnisse der in unserer Hand befindlichen Ostgebiete und Litauen und über die in Aussicht zu nehmende Entwicklung dieser Länder machen.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse im sogenannten Baltikum

Rußland, Estland und Ostland

konnten bis jetzt nicht geregelt werden. Wohl ist schon dieses Frühjahr die Selbstständigkeit Rußlands von uns anerkannt worden, ebenso gegenüber Estland und Ostland vorzugehen, verbinderte aber der Frieden von Brest-Litovsk, der nach nicht zu beanstandender Auslegung die fortdauernde Zugehörigkeit dieser Länder zu dem russischen Reiche feststellte. Erst in den vor einigen Wochen ratifizierten Nachträgen zu diesem Friedensvertrage gab Rußland seine Zustimmung zur Unabhängigkeitserklärung dieser Länder, und erst von dort ab waren sie auch rechtlich in der Lage, auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechts den Anschluß bei Deutschland zu suchen.

Es wünsch diesen Anschluß.

Unser Wunsch ist, mit ihnen in gutem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Wir haben also dagegen keine Einwände. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung der Länder liegt nun in ihrer Hand. Nach unserer Ansicht wird den beiderseitigen Interessen am besten Rechnung getragen, wenn wir uns mit ihnen zunächst über die Konventionen verständigen, die nötig sind, um die beiderseitigen staatsrechtlichen Beziehungen zu regeln. Diese Beziehungen sind sehr mannigfaltig. Es handelt sich neben dem

Abschluß eines allgemeinen Bündnisvertrages

um das Zustandekommen von Verträgen über Rechtshilfe und Rechtsgleichheit, über Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, über Zölle, Steuern, Währung, Maß, Gewicht usw., außerdem noch um eine Militär- und eine Marinekonvention. Unsere Entwürfe sind nahezu fertiggestellt. Die Verhandlungen können also unmittelbar beginnen. Es ist nicht beabsichtigt, die drei Länder als selbständige Staaten vorbestehen zu lassen, sie sollen, wie wir mir scheint, wozu auch vielmehr zu einem zusammengefaßten Staat werden.

Ueber die Form der künftigen Regierung des Baltikums gehen die Meinungen dort wie in Deutschland weit auseinander. Strömungen, die Neigung zu einer republikanischen Regierungsform haben, steht gegenüber die Tatsache, daß die Landesräte sich einstimmig für eine

Personation mit Preußen

ausgesprochen haben. Die Entscheidung kann erst erfolgen, wenn die Verhandlung über die Konventionen zustande gekommen ist. Wenn dabei den Vätern keine Entscheidung ausgehört und ihr Willkür respektiert werden soll, so wird doch Deutschland selbstverständlich seine Interessen zu wahren und zu überlegen haben, inwieweit es den Wünschen der Völker, mag es sich um eine Personation oder um die Thronbesteigung durch einen Prinzen eines deutschen Fürstentums handeln, entgegenkommen kann. So sprechen gegen die vorgeschlagene und vorgedachte Lösung in Form der Personation politische Gründe, so daß diese Lösung keineswegs als selbstverständlich anzunehmen wäre. Vom deutschen Standpunkt aus ist der Abschluß der Konventionen das wichtigste. Am

Berücksichtigung dynastischer Interessen

handelt es sich für das Deutsche Reich keinesfalls. Die Regelung der Verhältnisse in Litauen ist leider nicht mit der erhofften Schnelligkeit vor sich gegangen. Die Ausarbeitung der Konventionenverträge, die in viele Stellen in Anspruch nimmt, war zeitraubend und die Symptomatik der Tarpa, als sie durch Mehrheitsbeschluß der Verein des Herzogs von Litauen übernahm, wurde dem Lande einen König zu bestellen verurteilt, hat auch gerade nicht zur Klärung der Situation beigetragen. Auch hier wird nun aber die Entwicklung in Gang kommen. Für diese vorläufige Verständigung, wie wohl auch für die Bildung der künftigen Regierung ist in Litauen in der Tarpa ein Organ vorhanden, das aber gleichzeitig beanstandet ist. Sie besteht aus 20 Mitgliedern verschiedener politischer Richtungen, enthält aber kaum eine genügende Vertretung des litauischen Bauernstandes und gar keine der nationalen Widerparteien. Die Reichsleitung geht nach hier davon aus, daß nach erfolgter Verständigung über die Konventionen es Sache der dortigen Landesvertretung ist, für eine Regierung zu sorgen. Auch hier geht sie davon aus, daß dynastische Interessen dabei keineswegs eine Rolle spielen dürfen, daß aber das Reich sich jeweils zu überlegen haben, inwieweit seine Interessen ihm gestatten, den etwaigen Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen. Sich im Sinne einer bestimmten Lösung auch für den Fall festzulegen, daß dieselbe den Wünschen der Bevölkerung nicht entsprechen würde, liegt kein Anlaß vor.

Man darf danach nunmehr als sicher annehmen, daß die weitere Entwicklung dieser baltischen Länder zur Selbstständigkeit einsehnen können. Von einer

Umgehung dieser Länder

kann mit Recht sicherlich nicht gesprochen werden, wenn wir ihnen auch die, von ihnen übrigens gar nicht beanpruchte Freiheit, ganz ohne Rücksicht auf uns zu tun und zu lassen, was sie wollen, nicht gewähren können. Sie werden dagegen auch große Vorteile aus der Verbindung ziehen.

Ich nehme jedoch Gelegenheit, auf mehrfache Angriffe antwortlich zu sein.

Stuttgarter Rede

zu sprechen zu kommen. Dort habe ich ausgeführt, daß wir alle Interesse daran haben, die Wiederherstellung eines zivilisierten zentralisierten und die Welt, speziell uns bedrohenden Rußlands zu verhindern, was eigentlich nicht widerprochen werden kann. „Im Osten ist für uns Friede und Selbstbestimmung, Friede, mag es unsere wichtigsten Forderungen sein oder nicht.“ Hiergegen haben vor allem diejenigen lebhaft Widerspruch erhoben,

welche mit einem Teil der Bestimmungen des Friedens von Brest-Litovsk nicht einverstanden waren. Das kann ich nicht als begründet erachten.

Formell nicht: Man kann doch von einem Mitglied der Reichsleitung unmöglich eine andere Erklärung erwarten. Der Friede ist geschlossen. Seine Bedingungen sind aber werden ausgeführt. Er ist abgeschlossen zwischen einer Mehrzahl beteiligter Staaten. Bundesrat und Reichstag haben zugestimmt. Die Zahl der im Reichstag vernehmenden Stimmen ist nicht erheblich. Andere enthielten sich nur der Stimme. Auf dem abgehandelten Frieden sind im Wege freier Vereinbarung die Zusatzverträge aufgebaut. Bei ihnen ist von Zwangslosigkeit keine Rede. Die Verträge wären nicht geschlossen, wenn nicht aus Rußland ein Vorteil darin läge. Sie sind von beiden Seiten ratifiziert. Die Zustimmung des Reichstags und der verbündeten Regierung ist unabweislich. Es ist Friede mit Rußland, mit der Ukraine, mit Rumänien.

Wer könnte erwarten, daß ein Mitglied der deutschen Reichsregierung, wenn es über diese Dinge spricht, den staatsrechtlichen Zustand an den Kopf stellen, über die Köpfe der anderen beteiligten Staaten, des Bundesrats und des Reichstages, mag erklären werde, die Friedensverträge müßten ausgearbeitet werden, und zwar nicht etwa von den Vertragsschließenden allein, sondern unter Mitwirkung der Feinde, mit denen wir im Kampfe auf Leben und Tod stehen!

Diese Vorstellung ist politisch absurd,

so abwegig, daß sie nicht weiter verfolgt werden kann. Aber auch materiell kann eine andere Erklärung nicht abgegeben werden.

Der Friede von Brest-Litovsk, so manches man ihm im einzelnen auszuweichen unternimmt, ist immer ein vollendetes Zustandekommen war für uns eine Lebensfrage, heute noch haben wir das allergrößte Interesse an seiner Aufrechterhaltung, die allein uns vor dem Zweifrontenkrieg und der Wiederherstellung des Jarenredes schützt. An ihm zu rütteln, solange der Krieg fortwährt, heißt

Das Vaterland direkt in Gefahr bringen.

Niemand in verantwortlicher Stellung kann sich dazu verstehen.

Aber auch in der Beschränkung, daß die Friedensverträge nicht ratifiziert werden, aber der Abschluß des sog. Westfriedens der Friedenskonferenz unterbreitet werden sollen, liegt mir der Standpunkt meiner Gegner nicht haltbar. Frage man doch einmal in England an, ob es seinerzeit geneigt wäre, die Eroberung Ägyptens, die es während des Krieges vorgenommen hat, beim Friedensschluß der Genehmigung Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei zu unterstellen. Und doch ist das in reiner Gewissheit, während die Handelsstaaten sich auf Grund des angeborenen und ihnen noch ausdrücklich staatsrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrechts von Rußland losgelöst und uns zugewandt haben.

Nach und nach alle diese Dinge in einem gewissen Fluß. Das trifft auch für Polen zu. Nicht mit Unrecht hat der Herr Staatssekretär Goltz neulich den Brest-Litovsker Friedensvertrag als eine Art Rahmen bezeichnet. Wie viel innerhalb desselben noch zu geschehen hat, geht ja aus meinen heutigen Ausführungen hervor, und die abgehandelten wie die noch laufenden Verhandlungen zwischen Rußland und uns beweisen, daß auch hier auf der bestehenden Grundlage weiter gebaut werden muß und will. Dieser natürlichen Entwicklung der Dinge, der weiteren Regelung der Beziehungen zwischen den Beteiligten selbst soll man nicht vorgreifen. Aber Verantwortlichkeit nach werden auch die irgend einmal in hoch eintretenden Verhandlungen mit den Besatzmächten noch direkten Anlaß zu Erweiterungen und Veränderungen aus dieses Vertrages geben. Man denke nur an die Fragen eines Völkerbundes, der Schiedsgerichte usw., die auch in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland dann selbstverständlich beiden Teilen zugute kommen müßten. Das kann man abwarten. Verfehlt wäre es aber, die Verträge als solche, also auch soweit sie die Beziehungen zwischen den Vertragsschließenden regeln, ohne Not der

Einstimmung aus selbstlicher Elemente preiszugeben.

Wir werden gegen die Menge unserer Feinde leinseitig ohne dies einmal bei den Verhandlungen einen schweren Stand haben. Die Schwierigkeiten von vornherein zu vermehren, indem man die wiederholte Regelung bereits geregelter Fragen in einem großen Kreise in Aussicht nimmt, widerspricht unseren wichtigsten Interessen. Der Einwendung, unsere Feinde werden sich, wenn dadurch, daß Deutschland und seine Bundesgenossen diese Fragen als erledigt behandelt und nicht in die kommende Friedensbissulion einwirken wollen, überhaupt vom Eintreten in Friedensverhandlungen abhalten lassen, will ich mich nicht ganz verschließen. Ich halte sie aber nur teilweise für begründet. So legen wir unsere Feinde, mindestens solange Krieges, nicht weniger heute ihre Geschäfte leisten, als früher. Sollten wir uns aber durch die Drohung, wenn wir nicht diesen oder jenen Verzicht im voraus abgeben, würden sie sich nicht mit uns an den Verhandlungen beteiligen lassen,

aus einer Position in die andere drängen lassen,

dann würden wir schließlich mit ebenso leeren Tischen uns zur Endabrechnung einfinden, wie es mit wollen. Borelli glaube ich, den den sie überhaupt nicht an Verzicht und Frieden und bereuhen sich am Gedanken unserer Friedensverträge. Sollten sie bereuhen einmal zu viel Einigkeit, schließlicher und Selbstlosigkeit zeigen, daß wir ihnen, unbekannt unserer Interessen, die Mitwirkung bei den Fragen gestatten können, die sie, wenn überhaupt, jedenfalls nur indirekt betreffen, können wir uns ja immerhin mit denen, die neben uns direkt beteiligt sind darüber verständigen, ob wir dann unter Würdigung der Gegenstände uns mit unseren berechtigten Feinden auch über diese Fragen unterhalten wollen. Bis dahin aber, glaube ich, handelt eine verantwortliche Regierung, die mehr mit Tatsachen als mit der Hoffnung auf das Gerechtigkeitsgefühl und das Wohlwollen unserer etwas robuster und rücksichtsloser angelegten Feinde rechnen muß, pflichtbewußter, wenn sie den alten Satz nicht ganz vergessen: „Suche zu helfen, was du hast.“

die von mir gegebenen Zusagen zu erfüllen, und ich werde mich durch nichts betören lassen, und was nach dieser Richtung noch aussteht, energisch durchzuführen.“ Diese Worte des Kanzlers hörten wir schon zu oft! Derselbe Kanzler ist fast ausschließlich genau so bekannt, wie das andere Wort des Kanzlers, daß er mit dem gleichen Maßstabe steht und fällt. Nach platonischen Versicherungen hat das Volk kein Verlangen mehr, es verachtet gern darauf, und es verpöcht kaum noch große Reden, Reden mit den ständig wiederholten Versicherungen zu lesen. Daß es so weit gekommen ist, daran trägt einzig und allein der Umstand die Schuld, daß die Regierung seine positiven Leistungen aufzuzählen vermag und immer mit leeren Händen sich auf die Rednertribüne hinstellen muß. Der eine seite Entschluß, wir lösen das Abgeordnetenhaus auf, wenn nicht bis zu einem bestimmten Datum die Reichsverordnung in einem uns zugehenden Sinne unter Dach und Fach gekommen ist, wird viele, auch die besten Reden aufwiegen. Daß man das immer noch nicht begriffen hat und daß es nicht möglich ist, innerlich der Regierung zu einer vollen und unbedingten Harmonie herüber zu kommen, ist ein Umstand, der schwerer als vieles andere auf die Stimmung drückt, die zu einer siegreichen Beendigung des Krieges erforderlich ist. Das Schlimmste an dieser Lage ist, daß sie fallen! Wenn an ihre Stelle kurze, aber eindringlich wirkende Taten treten, dann wird die Regierung unseren sehr hohen Hindernissen und Lubendorff die schärfste Unterstellung liefern, die es geben kann. Leider hat uns die Rede Hertlings keine Anhaltspunkte dafür gegeben, daß nun wirklich eine Aenderung des Systems eintreten soll. Man hat vielmehr den betrübenden Eindruck, daß alles hübsch beim alten bleiben soll. Mit anderen Worten: Es soll vortem gemurrt werden. Solange die Regierung sich zu diesem Rezept bekennt, wird es zum Schaden unserer militärischen Schlagfähigkeit in der einen Regierungskrise geben. Der Zustand der Kriegsfähigkeit wird nicht aufhören. Und deshalb möchte man hoffen, daß die weiteren Verhandlungen des Hauptauschusses doch noch eine Klärung nach der einen oder anderen Richtung bringen.

O. H.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 25. Sept. Die gestrigen Ministerreden haben, so schreibt der „Volk.“, bei den unmittelbaren Zuhörern keinen sonderlich starken Eindruck hinterlassen.

Das „Berl. Tagebl.“ meint sogar, die Freunde des Grafen Hertling erklärten, seine gestrige Rede sei im höchsten Grade unwesentlich. — Die „Börse-Ztg.“ spricht von einer verfehlten Kanzlerrede.

Die „Volk.“ schreibt: Der Staatsmann, der Führer sein und bleiben wollte, mußte sich mit dem sozialdemokratischen Programm und Bekenntnis auseinandersetzen. Der Reichstagsrat hat freies von beiden erwählt.

Die Rede Payers.

Die „Berl. Morgenpost“ sagt zur Rede des Vizekanzlers: Herr v. Payer ergänzte seine Stuttgarter Rede in wirksamer Weise und wir können uns allem, was er gestern sagte, ebenso anschließen, wie wir dem zustimmen konnten, was er in Stuttgart gesagt hat. Die Friedensschlüsse im Osten sind der Rahmen, in den das fertig: Bild der Festhaltung im Osten hineinpassen soll. Noch ist alles im Fluss, und jetzt das Preiszugeben, was wir im Osten gewonnen haben, es hineinsetzen in den brodelnden Kessel der russischen Revolution ohne daß wir wüßten, was in diesem Kessel gefocht wird, und was für uns nachteilig und vorteilhaft ist, das wäre ungefähr das Hauptziel einer weisen Politik. Die Rede Payers war die einzige, die gewisse politischen Erträge abschätzt hat. Welche die heute beginnende Aussprache vollziehen und für das Vaterland lebenswichtigen Ertrag bringen als die gestrigen Ministerreden.

Mitglieder des Hauptauschusses bei Hinz.

Berlin, 25. Sept. Laut „Volk.“ nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß es falls Payer an dem Hauptauschusses am Sonnabend zu Ende gehen werden. Andere Blätter sprechen von Donnerstag oder Freitag.

Wie der „Volk.“ hört, hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Hinz, für gestern nachmittags Einladungen an die Mitglieder des Hauptauschusses ergehen lassen, um ihnen über eine Reihe von wichtigen Vorkommnissen politischer Natur der letzten Zeit Mitteilung zu geben. Die Aussprache habe nach zwei Stunden abgebrochen werden müssen mit Rücksicht auf die Teilnehmer aus der Konferenz und der Zentrumsfraktion, die an Fraktionsversammlungen teilnehmen mußten.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie

Kein Eintritt in „die verbrauchte Regierung Hertling.“

Die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz“ schreibt:

„Die Partei hat sich bereit erklärt, unter bestimmten Bedingungen in eine neuerrichtete Regierung einzutreten. Das bedeutet zunächst, daß kein es falls Payer an dem Hauptauschusses am Sonnabend zu Ende gehen werden. Die verbrauchte Regierung Hertling wird in der Mehrheit nicht mehr zu bestehen vermögen.“

Das Zentrum scheint nicht gewillt zu sein, in diesem Augenblick in eine neuerrichtete Regierung einzutreten. Der einstimmige Fraktionsbeschluss, an der Agitation gegen den Reichstagsrat nicht teilzunehmen, war zwar vielbesprochen, gleichwohl aber damit die Kanzlerrede erledigt ist, weil sich ohne das Zentrum keine Einkommensmehrheit bilden läßt. Aber es ist bekannt, daß die Richtung Erberger augenblicklich nur etwa ein Drittel der Zentrumsfraktion hinter sich hat, und die Verbindung des „Berliner Tagblattes“ das Zentrum lehne die sozialdemokratischen Bedingungen als unannehmbar ab, ist daher wahrscheinlich. Das Zentrum will im Augenblick keine neue Regierung, d. h. keinen neuen Kanzler. Die Folge dieser Haltung für den Fortbestand der Reichstagsmehrheit lassen sich heute noch nicht übersehen. Die Hertling-Fraktion ist ungelöst. In wenigen Wochen wird man weiter sehen. Im Oktober muß